

12. Juli 2018

## **Aktuelle Zahlen der Baugenehmigungen: Weit weg vom GroKo-Ziel** **„Bau-Lethargie“: Deutschland tritt beim Wohnungsbau auf der Stelle**

Deutschland tritt beim Wohnungsbau auf der Stelle: Auf die heute vom Statistischen Bundesamt vorgelegten Zahlen der Baugenehmigungen (von Januar bis Mai 1,8 Prozent mehr genehmigte Wohnungen als im Vergleichszeitraum des Vorjahres) hat die Baubranche mit Enttäuschung reagiert. Deutliche Kritik kommt vom Dachverband der deutschen Baustein-Industrie: „Von der Wohnraum-Offensive, die die GroKo sich in ihrem Koalitionsvertrag vorgenommen hat, keine Spur. Im Gegenteil: Der Wohnungsbau wirkt, als hätte er Blei an den Füßen. Und zwar politisches Blei“, sagt der Geschäftsführer der Deutschen Gesellschaft für Mauerwerks- und Wohnungsbau (DGfM), Dr. Ronald Rast. Er ist zudem Koordinator der Aktion „Impulse für den Wohnungsbau“. In ihr haben sich rund 30 Organisationen und Verbände der Architekten und Planer, der Bau- und Immobilienwirtschaft sowie der Deutsche Mieterbund (DMB) und die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) zusammengeschlossen.

Rast warnt: Wenn in diesem Jahr tatsächlich nur 1,8 Prozent mehr Wohnungen neu gebaut werden sollten als in 2017, dann würde am Jahresende nicht einmal die 300.000er-Marke erreicht werden. Dabei habe die Große Koalition ihr Ziel klar formuliert: 1,5 Millionen Neubauwohnungen sollen bis 2021 entstehen. Das bedeutet, dass 375.000 neue Wohnungen gebaut werden müssten – pro Jahr.

„Bislang hat die GroKo keine Fakten geschaffen, die dem Wohnungsbau die Impulse geben, die er dringend braucht: keine verbesserte Förderung, keine zusätzliche Abschreibung“, so Rast. Nach der Sommerpause stehe der geplante Wohn-Gipfel an. „Spätestens dort müssen Nägel mit Köpfen gemacht werden. Die Wohnungsbauförderung braucht klare Eckpunkte. Ansonsten wird es nicht mehr gelingen, in dieser Legislaturperiode noch eine Entspannung auf dem Wohnungsmarkt – gerade mit Blick auf bezahlbare Wohnungen und Sozialwohnungen – hinzubekommen“, sagt Ronald Rast.

Im Bundeshaushalt für 2019 müsse jetzt eine realistische Etatgröße für die Wohnraumförderung eingeplant werden. Es sei erforderlich, dies bereits in den kommenden Wochen – also vor Beginn der Haushaltsberatungen Anfang September – zu machen. „Hier sind mindestens 4 Milliarden Euro für den Wohnungsbau notwendig – allerdings pro Jahr und nicht für die gesamte Legislaturperiode“, fordert Ronald Rast.

Bild-Unterzeile



Unzufrieden mit den aktuellen Baugenehmigungszahlen: Dr. Ronald Rast (Foto) ist Geschäftsführer der Deutschen Gesellschaft für Mauerwerks- und Wohnungsbau (DGfM) und Koordinator der Aktion „Impulse für den Wohnungsbau“, der rund 30 Organisationen und Verbände der Architekten und Planer, der Bau- und Immobilienwirtschaft angehören.